

MISERE AN HESSISCHEN SCHULEN

KOALITION BLIND FÜR GRÖSSTE PROBLEME

Auf Antrag der SPD hat der Hessische Landtag über die aktuelle Misere in der hessischen Bildungspolitik debattiert und dabei die Mogelpackungen und die angebliche Unwissenheit des CDU-Kultusministers thematisiert.

Christoph Degen verwies auf aktuelle Umfragen: „79 Prozent der Bürgerinnen und Bürger halten nach einer aktuellen Forsa-Umfrage Lehrermangel und Unterrichtsausfall für die größten Probleme in Hessen.“ Damit breche das Kartenhaus von „Minister Ahnungslos“ in sich zusammen, sagte er in Richtung von Kultusminister Ralph Alexander Lorz.

Die Umfrage zeige, wie wenig Regierungswerbung und Schulrealität miteinander zu tun hätten. Mogelpackungen und vorgeschobene Ahnungslosigkeit könnten

nicht überdecken, wie katastrophal die Situation in Hessen inzwischen sei. Fehlende Förderlehrkräfte, zu wenige Qualifizierungen, kein vernünftiges Gesundheitsmanagement, weil Daten zu Krankheitstagen überhaupt nicht erhoben würden, und ein enormer Sanierungsstau an Schulgebäuden zeigten die Realität an hessischen Schulen.

„Die schwarz-grüne Regierung ist heillos überfordert und blind für die dringlichsten Probleme an Hessens Schulen. Lehrermangel, Unterrichtsausfall und ein massiver Qualitätsverlust sind die Realität an Hessens Schulen. Allein im Schulsport fällt ein Viertel der vorgesehenen Stunden aus.“ Daraus, wie aus dem Unterrichtsausfall in anderen Fächern, mache der Minister ein Staatsgeheimnis. Die Haltung der Landesregierung nach dem Motto „was ich nicht weiß, macht mich nicht heiß“, sei naiv

und verantwortungslos. Schwarz-Grün versage auf ganzer Linie. Es sei Zeit umzusteuern. Die SPD fordere, mehr in die Lehreraus- und Fortbildung zu investieren, wie viele andere Bundesländer einen Bildungsbericht vorzulegen und endlich das Kooperationsverbot im Bund aufzuheben, um Schulmodernisierung und Digitalisierung der Schulen voranzubringen.



MINISTER: KEIN AUSFALL VON UNTERRICHT

CDU-Kultusminister Ralph Alexander Lorz leugnet den Unterrichtsausfall. Er sagte wörtlich im Landtag: „Es gibt in Hessen überhaupt keinen Unterrichtsausfall in der Fläche“. Auch die Grünen lassen tief blicken. Sie stünden in der Bildungspolitik der CDU näher als der SPD, sagte die grüne Landesvorsitzende Angela Dorn im Interview mit der FAZ.

PERSPEKTIVEN ÜBER KOALITION HINAUS

Olaf Scholz, kommissarischer SPD-Bundesvorsitzender und Erster Bürgermeister von Hamburg, war zu Gast in der SPD-Fraktion. Die Erneuerung der SPD sei ein wichtiges Ziel, das auch in der Großen Koalition verfolgt werden müsse, wenn der SPD-Mitgliedscheid eine Zustimmung zum Koalitionsvertrag ergebe. Aufgabe sei, politische Perspektiven zu entwickeln, die über das hinauswiesen, was in der Koalition vereinbart sei.



FOTO: MARTINA HÄUSL-DAVID

OLAF SCHOLZ ZU GAST IN DER SPD-LANDTAGSFRAKTION.

AKTUELLE STUNDEN KURZ UND KNAPP

SCHWARZ-GRÜN MACHT WOHNEN TEUER

Preistreiberei, die dazu beiträgt, bezahlbares Wohnen zu verhindern, hat **Thorsten Schäfer-Gümbel** der schwarz-grünen Koalition vorgeworfen. Anlass ist der Verkauf des ehemaligen Polizeipräsidiums Frankfurt für über 212 Mio. Euro. Statt dringend nötige Flächen für bezahlbares Wohnen günstig zur Verfügung zu stellen, habe sich das Land wie ein Bodenspekulant verhalten. „Damit ist die Landesregierung für horrenden Mieten und Kaufpreise mitverantwortlich. Wie sollen sich Familien und Menschen mit normalem Einkommen das leisten?“ Bezahlbarer Wohnraum sei die soziale Frage des nächsten Jahrzehnts, insbesondere im Ballungsgebiet. Schwarz-Grün trage zur Lösung des Problems nichts bei.



FOTO: CARSTEN RATZKE, CC BY-SA 3.0

DAS ALTE POLIZEIPRÄSIDIUM IN FRANKFURT WURDE JETZT VERKAUFT. BEZAHLBARER WOHNRAUM WIRD DORT AUFGRUND DER PREISPOLITIK DES LANDES NICHT ENTSTEHEN.

KEINE AUSWEITUNG DER SONNTAGSÖFFNUNG

Der arbeitsmarktpolitische Sprecher **Wolfgang Decker** plädierte für ein Festhalten am sogenannten Anlassbezug für Sonntagsöffnungen von Geschäften. „Für uns bleibt klar, dass Läden nur bei bestimmten Anlässen an Sonntagen geöffnet werden dürfen. Wir fühlen uns unverändert den Beschäftigten, den Kirchen und den Vereinen verbunden. Auch muss erneut darauf hingewiesen werden, dass das Verfassungsgericht den Sonntag in hohem Maße als schutzwürdig einstuft und das Verbot der Sonn- und Feiertagsarbeit betont hat.“



ATTRAKTIVES ÖPNV-ANGEBOT NÖTIG

Ein attraktives ÖPNV-Angebot hat **Tobias Eckert** gefordert. Eckert sagte: „Die Pendlerinnen und Pendler in Hessen haben nur die Wahl zwischen schlechten Alternativen: Entweder sie stehen im Stau, sitzen im Ballungsraum in überfüllten S-Bahnen oder warten auf dem Land auf Busse, die nicht fahren.“ CDU und Grüne hätten zu verantworten, dass das hessische Verkehrssystem die Grenzen seiner Leistungsfähigkeit überschritten habe. Wer echte Verbesserungen wolle, der müsse in die Verkehrsinfrastruktur investieren und attraktive Angebote schaffen.



GEWALT GEGEN HELFER STOPPEN

Eine Tendenz zur Verrohung sieht **Günter Rudolph** als Ursache für zunehmende Gewalt gegen Einsatzkräfte. Dem müsse konsequent begegnet werden. „Gewalttätige Übergriffe auf Polizeibeamtinnen und -beamte sind leider ein altbekanntes Phänomen. Gewalttätige Übergriffe auf Rettungskräfte und Feuerwehrangehörige sind in den letzten Jahren hinzugekommen. Experten sehen die Ursachen in einem allgemeinen Verlust an Respekt und Empathie. Wir sind alle gemeinsam gefordert, dem entgegenzutreten.“ Dazu gehöre auch verstärkte Prävention.



SOLIDARITÄT MIT INHAFTIERTEN

In der Debatte zur Freilassung von Deniz Yücel hat der Fraktionsvorsitzende **Thorsten Schäfer-Gümbel** auch an die anderen in der Türkei inhaftierten Journalisten erinnert und sagte in seiner Rede: „Der Einsatz für Rechtsstaatlichkeit, Presse- und Meinungsfreiheit endet erst dann, wenn alle Journalistinnen und Journalisten, die unrechtmäßig inhaftiert sind, wieder frei sind. Deniz Yücel hat Mut bewiesen, indem er kritisch über die Türkei und die Politik des türkischen Präsidenten berichtete. Und schon da stimmt etwas nicht. Denn es darf nicht sein, dass man Mut braucht, um sein Recht auf freie Meinungsäußerung und Pressefreiheit auszuüben.“

BLICK AUF NEUENGRONAU, EIN STADTTEIL VON SINNTAL IM ÖSTLICHEN MAIN-KINZIG-KREIS.



FOTO: LARS SCHMITT PHOTOGRAPHY

DEN LÄNDLICHEN RAUM ENDLICH STÄRKEN

Die ländlich geprägten Regionen Hessens sind in 19 Jahren Regierungsverantwortung der CDU immer weiter abgehängt worden. **Thorsten Schäfer-Gümbel** sagte an die Adresse der CDU: „Sie haben die Regionalentwicklung für den ländlichen Raum zusammengestrichen und die Mittel für die Dorferneuerung gekürzt. Sie haben Gerichte und Behörden auf dem Land geschlossen. Und jetzt, kurz vor der Landtagswahl, versuchen Sie angeblich, Probleme in den Griff zu bekommen, die es ohne die misslungene Regionalpolitik der CDU gar nicht gäbe.“ Das von Schwarz-Grün pompös angekündigte Entwicklungspro-



gramm für den ländlichen Raum nannte Schäfer-Gümbel eine dreiste Mogelpackung. „Die CDU klebt auf längst verplante Haushaltsmittel ein neues Etikett und nennt das ein Programm.“ Er forderte, endlich sinnvolle Maßnahmen gegen das wachsende Stadt-Land-Gefälle zu ergreifen, statt die Missstände auch noch im Landesentwicklungsplan zu zementieren. Er sagte: „Auch unsere Kleinstädte und Dörfer brauchen Einrichtungen für Gesundheit, Pflege, Bildung, Kinderbetreuung und Kultur. Büchereien, Volkshochschulen und Musikschulen, Schwimmbäder, Museen und andere Einrichtungen dürfen nicht länger quasi als „Luxus“ gelten, der je nach Kassenlage dem von der Landes-

regierung ausgeübten Sparzwang zum Opfer fällt.“ Schäfer-Gümbel verlangte, die Rahmenbedingungen für die wirtschaftliche Entwicklung im ländlichen Raum nachhaltig zu verbessern. Dazu zählten insbesondere der Ausbau der Breitbandversorgung und der Funknetze, mit denen sich die Zukunft der kleinen Städte und Dörfer in Hessen entscheide. Auch müsse der ländliche Raum für Familien attraktiver gemacht werden.

80 PROZENT LÄNDLICH GEPRÄGT

Der ländliche Raum Hessens umfasst rund 80 Prozent der Landesfläche. Mehr als die Hälfte der Bürgerinnen und Bürger lebt in dieser vielfältigen und attraktiven Kulturlandschaft.

IM VORFELD DES INTERNATIONALEN FRAUENTAGS HAT DIE SPD-FRAKTION ZU IHREM TRADITIONELLEN EMPFANG IN DEN HESSISCHEN LANDTAG EINGELADEN. ALS GASTREDNERIN SPRACH DIE RHEINLAND-PFÄLZISCHE MINISTERPRÄSIDENTIN MALU DREYER. AUCH 100 JAHRE NACH DER VERWIRKLICHUNG DES FRAUENWAHLRECHTS IN DEUTSCHLAND SEI EINE AKTIVE FRAUENPOLITIK NOTWENDIG, UM BESTEHENDE UNGLEICHHEITEN ZU BESEITIGEN. LISA GNADL FORDERTE, DASS DER ÖFFENTLICHE DIENST VORREITER IN SACHEN GLEICHBERECHTIGUNG SEIN MÜSSE.



EMPFANG ZUM INTERNATIONALEN FRAUENTAG

FOTO: MARTINA HÄUSL-DAVID

GERADE FRAUEN DROHT ALTERSARMUT

Solide, vernünftige und vor allem umsetzbare Schritte zur Bekämpfung drohender Altersarmut insbesondere von Frauen hat **Wolfgang Decker** gefordert. Auf Bundesebene seien auf Initiative der SPD wichtige Maßnahmen eingeleitet worden, um die Arbeitssituation zu verbessern und damit auch die Aussicht auf eine bessere Rente, beispielsweise durch das Mindestlohngesetz und durch das Gesetz gegen den Missbrauch von Leiharbeit und Zeitverträgen.



Auch der jetzt zwischen SPD und CDU/CSU ausgehandelte Koalitionsvertrag enthalte eine ganze Reihe entsprechender Maßnahmen. Dazu zähle zum Beispiel die Einschränkung der sachgrundlosen Befristung, von der auch Frauen betroffen seien. „Ein wesentlicher Fortschritt ist der Einstieg in das Rückkehrrecht auf Vollzeit, von dem in erster Linie Frauen profitieren werden. Die Aufwertung der Sozial- und Pflegeberufe sowie der Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung für Grundschulkindern bis 2025 sind weitere wichtige Bausteine für eine wirksame Bekämpfung drohender Altersarmut.“

POLIZEIARBEIT AM LIMIT

Trotz widriger Umstände leisten die Beamtinnen und Beamten der hessischen Polizei erfolgreiche Arbeit. **Nancy Faeser** sagte in der Debatte zur Kriminalität, dass in vielen Organisationseinheiten der Polizei personell am Limit gearbeitet werde. Der Rückgang der Straftaten in Hessen 2017 um 36.000 Fälle sei kein Erfolg von Innenminister Beuth. Der Rückgang der Fallzahlen rühre größtenteils daher, dass es allein 24.355 weniger Verstöße gegen das Aufenthaltsrecht gegeben habe. Dies wiederum erkläre sich mit der niedrigeren Zahl der



Zuwanderer. Insgesamt, so Faeser, entsprächen die vom Innenminister für sich reklamierten Erfolge nicht dem subjektiven Sicherheitsgefühl in der Bevölkerung. Nancy Faeser sagte: „Viele Straftaten tauchen in der Statistik des Innenministeriums gar nicht auf. Damit bildet die polizeiliche Kriminalitätsstatistik nicht das ganze Ausmaß der Straftaten in unserem Land ab. Deshalb fordern wir eine Studie mit wissenschaftlicher Begleitung, die das Dunkelfeld bei der Kriminalität erforscht. Dieses ist gerade im Bereich der häuslichen Gewalt und bei Sexualdelikten sehr groß.“



KONZEPT FÜR VERKEHRSWENDE FEHLT

Der Landesregierung fehlt ein Konzept für die Verkehrswende. **Uwe Frankenberger** warf Schwarz-Grün vor, keine Vorstellung davon zu haben, wie mit den Herausforderungen der Verkehrswende umzugehen sei. Es gebe keine stringente und nachvollziehbare



Strategie. „Besonders enttäuschend ist es, dass Schwarz-Grün die Herausforderungen für die in Hessen ansässigen Unternehmen der Automobilindustrie unterschätzt. Diese Branche steht vor einem gewaltigen Umbruch und die Arbeitnehmer in den betroffenen Betrieben, sowohl Autohersteller als auch Zulieferer, können zu recht erwarten, dass sich hier die Politik kümmert.“

„FÜNF NACH ZWÖLF“ BEI ALTENPFLEGE

Voraussetzung für eine gute, effiziente und patientengerechte Altenpflege ist nach Ansicht von **Dr. Daniela Sommer** gutes Personal. Aufgrund der Versäumnisse der Vergangenheit sei es inzwischen „fünf nach zwölf“. „Wir müssen die Ausbildung verstärken,



sie attraktiv machen, das gute Niveau halten sowie die Rahmenbedingungen verbessern. Dazu gehören eine bessere Vergütung, die Verbesserung der Ausstattung der Ausbildungseinrichtungen, sowie eine Verbesserung auf Personalbemessung. Für uns sind Mindestpersonalstandards wichtig, um eine gute Pflege auszuüben und Überforderung zu vermeiden.“

Impressum

SPD-Fraktion im Hessischen
Landtag

Schlossplatz 1-3

65183 Wiesbaden

Redaktion: Gert-Uwe Mende
(verantwortlich), Gerfried Zlugabuck,
Christoph Gehring, Martina Häusl-David,
Valeska Fuhr